Die Posener Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme Montags.
Bestellungen nehmen alle Post-Anstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Das Abonnement beträgt vierteljährl. für die Stadt Posen 1 Rthlr., für ganz Preußen 1 Rthlr. 7 sgr. 6 pf.
Insertionsgebühren 1 sgr. 3 pf. für die viergespaltene Zeile.

№ 29. Sonntag den 3. Februar. 1850.

Inhalt.

Deutschland.

Posen, den 2. Februar. **Die Verfassungs-Crisis ist beendigt.** Der heutige Staats-Anzeiger enthält die nunmehr revidirte, und durch die Gesetz-Sammlung in Nr. 3212. unterm 31. Januar als Staats-Grundgesetz verkündete Verfassung.

β Posen, den 1. Febr. Die große Posener Frage rückt ihrer definitiven Lösung näher; der Commissionsbeschluß der zweiten Kammer ist erfolgt und nächstens wird die Debatte über diesen wichtigen Gegenstand in der zweiten Kammer selbst beginnen. Bekanntlich hat der Verwaltungsrath der Deutschen Verbrüderung in der Provinz Posen, — nicht zu verwechseln mit dem Posener Bezirksvereine —, im Gegensatz zu den Communalbehörden unserer Stadt, eine Petition an die hohe 2te Kammer gerichtet, worin er um Wiederaufnahme und Genehmigung des Theilungsprojekts der Provinz Posen bittet. Der Verwaltungsrath darf sich freuen, denn vielleicht hat die überzeugende Kraft seiner Petition auf die Commission dergestalt gewirkt, daß diese die Zerstückelung der Provinz, die freilich den Ruin der Stadt Posen zur unvermeidlichen Folge haben muß, mit acht gegen sieben Stimmen beschlossen hat. Doch warum sollten die Commissionsmitglieder, welche die hiesigen Verhältnisse unmöglich so genau kennen und in Posen Nichts zu verlieren haben, nicht einen derartigen Beschluß fassen, wenn selbst der obengenannte Verwaltungsrath, der doch seinen Sitz in unserer Stadt hat, darum bittet? Ob aber der Verwaltungsrath berechtigt war, eine solche Petition an die Kammer zu richten, ist freilich eine andere Frage, die unstreitig jeder Geschäftsmann und Grundbesitzer in Posen verneinen wird; denn wie darf ein kleiner Verein von Männern, der nicht einmal eine gesetzlich anerkannte Korporation bildet, also das Petitionsrecht gar nicht besitzt, der überdies zum Theil aus Beamten besteht, die beim Verfalle unserer Stadt davonziehen und sich ihre Besoldung unverkürzt, ja wo möglich mit Erhöhung, in einer anderen Stadt, die ihnen obendrein vielleicht noch lieber ist, als Posen, auszahlen lassen, es sich herausnehmen, auf die Entscheidung einer Frage, bei der es sich um das Wohl und Wehe von mehr als vierzigtausend Menschen handelt, influiren zu wollen! Doch der Verwaltungsrath triumphirt hoffentlich zu früh, denn ein Commissionsbeschluß, noch dazu ein mit so geringer Majorität gefaßter, ist noch kein Kammerbeschluß, und selbst ein Kammerbeschluß ist noch kein Gesetz; die Bürger Posens dürfen daher noch hoffen, daß das heraufbeschworene Gewitter vorüberziehen werde, ohne unsere Stadt heimzusuchen und ihre Einwohner, die für das Wohl des Preußischen Vaterlandes schon so viel gethan und gelitten haben, zu Grunde zu richten. Unser Ministerium hat, wie die Zeitungen berichten, den Posenschen Kammermitgliedern bereits die Versicherung gegeben, daß die Provinz in ihrer Integrität erhalten werden solle, und es hat recht daran gethan, denn die geträumten Erfolge einer solchen Zerstückelung sind thörichte Phantome, die eben so wenig Gehalt haben, als die luftigen Theorieen der Radikalen. Eine Zerstückelung der Provinz würde große Kosten verursachen und viel Unglück zur Folge haben, von allen erwarteten Vortheilen dagegen würde auch nicht einer eintreten. Wer das bestreitet, von dem darf ohne Zweifel angenommen werden, daß er den Charakter und das Naturell der Polen durchaus nicht kennt. Wir erinnern in dieser Beziehung nur an die Polen in Westpreußen. Ueberdies darf von unserer Staatsregierung, die, wie noch jüngst Herr v. Voigts-Rhetz unwiderleglich nachgewiesen, in Beziehung auf die Polen noch keiner Verletzung der Wiener Tractate sich schuldig gemacht, mit Grund vorausgesetzt werden, daß sie in eine Zerstückelung unserer Provinz schon darum nicht willigen werde, weil es in dem Besitzergreifungs-Patent wörtlich heißt: Die ꝛc. Landschaften vereinigen Wir zu einer besonderen Provinz und werden dieselbe unter dem Namen des Großherzogthums Posen besitzen ꝛc.; und weil in der Proclamation an die Einwohner des Großherzogthums Posen vom 15. Mai 1815 wörtlich gesagt ist: Ihr werdet, wie die übrigen Provinzen Meines Reichs „eine provinzielle Verfassung erhalten", was doch offenbar auch nichts Anderes heißt, als: Ihr werdet eine besondere Provinz bilden.

Wir wollen jedoch vorläufig die Hoffnung noch nicht aufgeben, daß die Kammern selbst den Plan der Zerstückelung zurückweisen, die Regierung wird sich entschieden gegen denselben aussprechen und unsere Posener Deputirten werden hoffentlich von der Stimmung in Posen das richtige Zeugniß ablegen. Freilich möchten durch die divergirenden Petitionen der Stadtbehörden und des, jedenfalls mit einem schönen Namen ausgestatteten, Verwaltungsraths der deutschen Verbrüderung die Ansichten der Kammermitglieder über die Wünsche Posens selbst ins Unklare gebracht sein, und darum schlagen wir, zum Behufe der Aufklärung derselben, eine nochmalige Petition von Posener Einwohnern gegen die Zerstückelung vor.*)

/ Berlin, den 27. Januar. Noch am letzten Tage vor der verhängnißvollen Abendsitzung der 2. Kammer am 26. Januar hätte kein Mensch das seitdem bekannt gewordene Resultat der Debatte in Betreff der Königl. Propositionen erwartet. Aber die ministerielle Partei manöverirte über alle Maaßen geschickt und zog einen Abgeordneten nach dem anderen auf besondere Weise zu ihrer Ansicht herüber. Eine kurze Schilderung der Umtriebe und des Laufs der Kammerverhandlungen wird dies in klares Licht setzen. Das Ministerium, als es mit dem Vorlagen hervortrat, gab sich von vornherein den Anschein, als ob es ihm Ueberwindung koste, dieselben auf seinen Namen zu nehmen, als ob es eigentlich eine bessere Ueberzeugung hätte und es sich gegenüber einem geheimen, unbesiegbaren Einfluß nur mit der höchsten Aufopferung dazu entschlösse, um das Vaterland nicht dem Verderben Preiszugeben. Dem entsprechend bewahrte es während der Kommissionsberathungen ein mysteriöses Schweigen, das für viele Urtheilslose und Schwache schon von der schlimmsten Vorbedeutung war, während Andere mit dem Ministerium den Heiligenschein des Märtyrerthums zu theilen sich beeiferten. Auf der Tribüne war die Sache der Regierung schwer zu vertheidigen, das sah man ein, man gab auch Nichts darauf, ließ Herrn Keller mit seiner verbrauchten Sophistik die Frage aus dem reellen Boden der Wirklichkeit in das luftige Gebiet allgemeiner Theorieen versetzen, und litt es, daß Hr. Urlichs mit seiner platten Dialektik und Hr. Stiehl mit seinem forçirten Pathos die Dürftigkeit ihrer Beweisführung verdeckten. Man hatte wirksamere Mittel, die der Einschüchterung. Ein Redner führte den geängstigten Beamten das Schreckbild der Dispositionsstellung und Pensionirung vor, ein Anderer mahnte die Kammer an das Schicksal ihrer Vorgängerinnen und stellte Russische Intervention in Aussicht. Die Sitzung vom 26. fand den Boden hinreichend unterwühlt, doch noch war man entschlossen, wenigstens den exorbitantesten Forderungen der Regierungen einmüthig entgegenzutreten. Die Stimmung war aber schon allgemein eine gedrückte, selbst auf den Tribünen, die gepreßt voll waren, wie man es seit der National-Versammlung des Jahres 1848 nicht gesehen. Die Sitzung begann mit der offenen Erklärung des Ministers v. Manteuffel, daß das Ministerium die Annahme der wesentlichen Punkte der Botschaft zur Kabinetsfrage mache, wobei er andeutete, daß damit die Fortdauer der constitutionellen Staatsform in Preußen überhaupt zugleich in Frage stehe, so wie, daß ohnedies die Hoffnung auf die Einigung Deutschlands zu Grabe getragen wäre; schließlich knüpfte er daran die Ermahnung daß man aus Patriotismus seine Ueberzeugung zum Opfer bringen möge. Es möchte in der parlamentarischen Geschichte noch nicht vorgekommen sein, daß Preise solcher Art von einem Ministerium zum Behuf des Erzielung einer Abstimmung ausgesetzt worden. Aber Herr von Manteuffel wußte, zu wem er sprach, seine Ausmalungen unserer bedrohten Zukunft erregten bei der ganzen Versammlung einen unheimlichen Schauer, die Bresche war geschossen, und dii minores, wie Hr. v. Bodelschwingh und Herr von Meusebach, der zu dem Zwecke seit langer Zeit wieder in der Kammer erschienen, vollendeten das Werk. Jedem ertheilten sie speciellen Rath, hier galt es, die Schrecken der Contrerevolution mit den schwärzesten Farben zu malen, dort, auf die verloren gehende Aussicht einer Wahl für Erfurt hinzuweisen, bei wieder Anderen, noch näher auf persönliche Verhältnisse einzugehen. Und nun der Stoß Petitionen für die Annahme der Botschaft, darunter eine von einem Husarenoffizier außer Diensten, eine von einem Herrn von Bülow, sonst von allen möglichen Treubunden und Vaterlandsvereinen: Den armen Abgeordneten wurde siedeheiß, so wurde ihnen zugesetzt. Auf die Reden auf der Tribüne wurde wenig oder gar nicht geachtet. Mochte Simson mit noch so schlagenden Worten darauf aufmerksam machen, daß die erste Proposition dem Deutschen Buchhandel und der Presse den Todesstoß versetze, mit 226 gegen 100 Stimmen wird sie angenommen, obgleich die Majorität der Parteien sich dagegen erklärt hatte. Fast ohne Diskussion wird von einem Punkte zum anderen geschritten und Alles genehmigt. Man kommt wieder auf die ständische Vertretung zurück, indem man im Wahlgesetze Stadt und Land unterscheidet, man beeinträchtigt die Freiheit der Richter, indem man ihnen verbietet, fortan die Gesetzlichkeit erlassener Verordnungen zu prüfen, ja man genehmigt den Ausnahmegerichtshof, wenn auch in etwas modificirter Fassung, trotzdem der Berichterstatter Simson mit unwiderleglicher Klarheit die ganze Leerheit der von dem Justizminister dafür aufgestellten Scheingründe aufgedeckt hatte. Es war Alles zu gut gegangen, als daß die äußerste Rechte nicht auch noch über die Mittagspause das schon verloren gegebene Terrain der Pairiefrage wieder zu gewinnen streben sollte. Das Amend. Arnim war von der Regierung adoptirt worden, aber Graf Arnim's Name ist selbst in der Kammer kein populärer, daher mußte noch ein populärerer Mann gewonnen werden, der die Gevatterschaft über dasselbe übernähme. Dazu war Niemand geeigneter, als der Kammerpräsident, Graf Schwerin, der freilich wiederholt erklärt hatte, in der in Rede stehenden Frage mit der Linken zu gehen, aber doch aus Gutmüthigkeit und Vermittelungseifer endlich überging. Mit ihm natürlich ein großer Theil unschlüssiger Mitglieder, denen das Ansehen und Beispiel des Präsidenten immer imponirt und maaßgebend ist. Wer trotz alledem noch nicht dazu gebracht war, in der Pairie das Heil zu sehen, dem wurde gesagt, daß das Arnim'sche Amendement nur dazu da sei, um den gegenwärtig drohenden Sturm zu beschwichtigen, im Uebrigen werde es nie zur Ausführung kommen, binnen 2 Jahren werde so viel geschehen ꝛc. So kam die Abendsitzung heran. Unter allen Reden, die gehalten worden, leuchtet eine, wie ein Demant. Die Simson'sche, die wegen der Schärfe der Gedanken, wegen der Begeisterung der Sprache, wegen der erhabenen Haltung des Redners die beste ist, die die Kammer je gehört. Ein wahrer Beifallssturm folgt derselben, und dann Todtenstille, da die Abstimmung beginnt. Die Regierungsvorlage wird abgelehnt, das Arnim'sche Amendement dagegen mit 161 gegen 149 Stimmen angenommen. Die Polen hatten sich der Abstimmung enthalten. Auch sie, die noch Vormittags bestimmt erklärt, gegen die Pairie zu stimmen, waren über Mittag gewonnen worden. In einer Conferenz, zu der sie Fürst Radziwill zu Mittwoch eingeladen, war die Umstimmung gelungen, es waren ihnen Concessionen in Beziehung auf die Zerstücklungsfrage in Aussicht gestellt worden, und sie statteten jetzt ihren Dank ab. Die Geschichte wird über ihr Benehmen richten! Mit tiefem Stillschweigen nahm die Versammlung das verkündete Resultat auf, nur Graf Arnim sprang rasch aus dem Saale heraus, um in Charlottenburg dasselbe zu verkünden und sich um die erste Pairsstelle zu bewerben. Im Grunde ist keine Partei aus dem Kampf ganz siegreich hervorgegangen, auf der Mehrzahl der Abgeordneten wird aber die letzte Abstimmung noch lange als ein schwerer Alp lasten, denn sie haben nicht nach ihrer wahren Ueberzeugung gehandelt.

*) Wie wir so eben vernehmen, findet am Montage zu diesem Behufe eine Versammlung von Bürgern im Rathhause statt.

⊙ Berlin, den 1. Februar. Mittwoch, den 6. Februar um 11 Uhr wird im weißen Saale des Königl. Schlosses die Beschwörung der Verfassung stattfinden. Zuerst wird der König schwören, dann die Minister, zuletzt die Abgeordneten der beiden Kammern. Nach dem feierlichen Akt wird in den Sälen des Königl. Schlosses große Tafel sein, zu der sämmtliche Abgeordneten der beiden Kammern zugezogen werden. In einem gestern zu Bellevue abgehaltenen Ministerrath wurde erst der definitive Beschluß der Beschwörung gefaßt. Heute geht die K. Botschaft an die Kammern. Darin ist die Erwartung ausgesprochen, daß in Bezug auf die Fideikommisse im Wege der Gesetzgebung das nunmehr nöthig Gewordene festgestellt werde. Wie man hört, hat die Fraktion Kleist-Retzow und Bismark-Schönhausen in der letzten Zeit den Entschluß gefaßt, den Ausbau des engeren Bundesstaats im Sinne der Regierung zu fördern.

♀ Berlin den 31. Januar. Der frühere Abgeordnete Berends und einige andere Herren sind bei dem Minister Manteuffel gewesen, um sich über die Auflösung des zweiten Volksvereins und die dabei vorgefallenen Uebergriffe der Polizei-Beamten zu beschweren. Seit der Zeit wird der Schutzmann-Wachtmeister Kayser, der bisher fast jede demokratische Versammlung aufgelöst hat, nicht mehr zur Ueberwachung solcher Vereine verwandt. Trotz aller Schwierigkeiten, die man ihnen in den Weg legt, wie behauptet wird, bestehen dieselben lustig fort und organisiren sich immer mehr. Gestern hat sogar der sogenannte Gesammt-Ausschuß den höchst wichtigen Beschluß gefaßt, von der ganzen demokratischen Partei Berlins fünf Männer erwählen zu lassen, welche die Verbindung mit der auswärtigen Demokratie unterhalten und alle demokratischen Körperschaften in Berlin überwachen resp. leiten sollen. Wir erhalten somit nach Art des ehemaligen furchtbaren aristokratischen Raths der Zehn in Venedig bei uns ein demokratisches Fünfer-Collegium mit den weitesten Amtsbefugnissen und der ausgedehntesten Macht. Vielleicht erleben wir es noch, den venetianischen Regierungsbarken mit dem ominösen C. X. ähnlich, etliche Berliner Droschken mit einem gleich verhängnißvollen C. V. auf unseren Straßen umherkutschiren zu sehen. Ein Beschluß von gleicher Wichtigkeit ist die Einsetzung eines demokratischen Ehrenrathes von 7 Personen. Da nun das Central-Comité aus 9 Männern besteht, so haben wir als der Demokratie heilige Zahlen: — 5, 7 und 9 — welches höchst mystisch und freimaurerartig aussieht. Nimmt man dazu die in der Ersten Kammer erfolgte Erklärung des Herrn Ministers v. Manteuffel: „daß er die Berechtigung der demokratischen Partei anerkenne" — einer Partei, von der das Ministerium bis jetzt doch durchaus nichts wissen wollte, so muß man gestehen, daß das Jahr 1850 sehr wunderbare Dinge zu versprechen scheint.

Berlin, den 31. Jan. (St. A.) Heute morgen fand die feierliche Bestattung der irdischen Hülle des Bildhauers und Direktors der Akademie der Künste, G. Schadow, unter der allgemeinsten Theilnahme statt. Im Trauerhause hatten sich, außer der großen Schaar der Verehrer des Hingeschiedenen, die Mitglieder des Magistrats und die Stadtverordneten, die Notabilitäten der Kunst und Wissenschaft, so wie viele Kammer-Mitglieder eingefunden, um den Vielen so schweren Tribut des aufrichtigsten Schmerzes darzubringen. Prediger Vater hielt dort die Trauer-Rede an dem mit Lorbeerkränzen und Blumen geschmückten Sarge, an dessen Seite sich die Orden des Verstorbenen aufgestellt befanden. Der Gesang von Mitgliedern der Sing-Akademie und den Eleven der Königl. Akademie der Künste (Abtheilung für Musik) leitete die Feier ein und beendigte sie. In der Rede wurde noch einmal in kurzen eindringenden Worten erinnert an die herrlichen Talente Schadow's, an die schöpferische Fülle und Größe seines Geistes und die Art und Weise, wie derselbe nicht nur seine Kunst übte, sondern sie auch Andern mittheilte und so zum Gemeingut Aller machte. Der Trauerzug setzte sich von der Wohnung des Verstorbenen, aus jener Straße, die nach ihm den Namen führt, nach dem Dorotheenstädtischen Kirchhofe in Bewegung, wo der Sarg unter Gesang von dem Prediger Vater eingesegnet wurde. Den Trauerzug eröffneten die Schüler der Akademie und die jüngeren Künstler Berlins. Dem Sarge folgten die Equipagen Ihrer Majestäten des Königs und der Königin, so wie der Königlichen Prinzen, und eine lange Reihe Wagen.

Breslau, den 27. Januar. Am 23. d. M. traf der Lieut. v. Caillat vom 22. Infanterie-Regiment mit einem 20 Mann starken Commando Füsiliere, nach angestrengtem Marsche in Nimptsch ein, um der Civilbehörde bei Habhaftwerdung des berüchtigten Räubers Laufer, der im Oktober v. J. aus dem Inquisitoriat zu Schweidnitz entsprang und in neuster Zeit durch freche Räubereien und nächtliche Einbrüche die Einwohner des Münsterberger und Nimptscher Kreises in Schrecken setzte, hülfreiche Hand zu leisten. Noch in der Nacht vom 23. zum 24. entsendete der Lieut. v. Caillat 1 Unteroffi-

zier und 10 Füsilier nach Gorkau, dem Wohnorte des Laufer, welcher ein so zeitiges Eintreffen der Mannschaften wohl nicht erwartet haben mochte, und nun mit mehreren seiner Complicen in ihrem Schlupfwinkel überrascht wurde. Nach heftigem Widerstande der Räuber, gelang es den Füsilieren mit Anwendung ihrer Waffen, den Laufer und zwei seiner Genossen, die aus dem Inquisitoriat zu Strehlen entsprungenen Diebe, Rademacher und Weiße, zu ergreifen und an das Landraths-Amt zu Nimptsch abzuliefern. Bei dem entstandenen Handgemenge erhielt Laufer eine Stichwunde, Weiße zwei Schußwunden an Arm und Bein. Auf die Habhaftwerdung des Laufer hatte übrigens die königl. Regierung zu Breslau eine bedeutende Prämie gesetzt.

† Breslau, den 29. Januar. Gestern begannen wieder die Schwurgerichtssitzungen. Auf der Anklagebank erschien zuerst der Tagearbeiter Radewerk von hier, welcher beschuldigt wurde, die gewaltsame Befreiung eines Verhafteten durch Sprengung der Thür des hiesigen Polizeigefängnisses versucht zu haben. Die Geschworenen sprachen das Schuldig aus, obgleich einer der Zeugen den Angeklagten nicht recognosciren konnte und die Vertheidigung sich auch darauf stützte, daß bei der Dunkelheit, in welcher sich jener Vorfall zugetragen, ein genaues Erkennen des Thäters kaum möglich gewesen sei. Die von der Staatsanwaltschaft beantragte 15monatliche Gefängnißstrafe wurde durch den Spruch des Gerichtshofes auf 6 Monate ermäßigt. In dem hierauf zur Verhandlung kommenden Falle wurde der gedachte Radewerk und der Böttchermeister Müller des 2ten gewaltsamen und zugleich 3ten Diebstahls angeklagt und ihnen zur Last gelegt, am 22. August v. J. gegen Abend eine mit 3 Schlössern verschlossen gewesene Stube in diebischer Absicht erbrochen zu haben. Die Thäter, durch ein hinzu kommendes Dienstmädchen gestört, waren eingeholt und ergriffen worden. Beide läugneten mit seltener Frechheit ihre Schuld. Der Erstere führte an, er habe selbst den Dieb verfolgt und auch gepackt, derselbe habe sich jedoch loszumachen gewußt und dabei einen Schlüssel fallen lassen; als er diesen aufgehoben und betrachtet, sei er selbst arretirt worden. Ebenso behauptete der rc. Müller, die in seiner Tasche vorgefundenen Nachschlüssel wären ihm im Gedränge zugesteckt worden; hätten sie ihm angehört, so würde er sie gewiß vor seiner Ankunft im Polizeibureau zu entfernen gewußt haben. Der Vertheidiger beantragte für Letzteren, weil er nur von einem Zeugen recognoscirt sei, das Nichtschuldig; im Verurtheilungsfalle aber für Beide das niedrigste Strafmaß, 10 Jahre Zuchthausstrafe, da der Diebstahl nur ein versuchter gewesen, indem die Thäter Nichts mitgenommen hätten. Die Geschworenen sprachen jedoch über Beide das Schuldig und der Gerichtshof verurtheilte in Ansehung ihres früheren schlechten Lebenswandels den rc. Radewerk dem Antrage der Staatsanwaltschaft gemäß zu 15jähr., den rc. Müller zu 12jähriger Zuchthausstrafe nebst Detention bis zur erfolgten Besserung. Die Strenge dieses Urtheilsspruches machte ersichtlich, einen tiefen Eindruck auf die zahlreich versammelten, meist den unteren Ständen angehörigen Zuhörer, obgleich sie durch das freche Benehmen der Angeklagten keineswegs günstig für dieselben eingenommen schienen.

† Breslau, den 31. Jan. Der Ober-Staats-Anwalt Fuchs ist mit 113 Stimmen zum Abgeordneten der Stadt Breslau nach Erfurt gewählt worden. Nach ihm erhielt die meisten Stimmen, 101, der Professor Stenzel, dagegen Prof. Röpell, Buchhändler Bassermann und Rittmeister v. Rheinbaben jeder nur 1 Stimme. Letzterer war in den gestrigen Vorwahlen von dem Consistorialrath Baltzer vorgeschlagen worden und hatte in ziemlich langer Rede erklärt, er sei specifischer Preuße und werde stets mit dem Ministerium gehen. — Im Landkreise erhielt der Direktor des hiesigen katholischen Gymnasiums, Wissowa, eine Majorität von 1 Stimme. Nach ihm die meisten wurden auch hier dem Prof. Stenzel zu Theil. Letzterer ist auch in mehreren Orten der Provinz, wo schon in den Vorwahlen abgestimmt wurde, durchgefallen. Die monarchisch-constitutionelle Partei hätte demnach zwar gesiegt, aber ihr Sieg ist ein zweifelhafter, denn z. B. den Ober-Staatsanw. Fuchs kann sie nicht unbedingt zu den Ihrigen rechnen und hat ihn wohl auch nur deshalb als Kandidaten aufgestellt, weil sie einen Anderen, noch „Entschiedeneren", in der Stadt kaum durchzubringen hoffen konnte.

PPC. Stettin, den 29. Januar. Obwohl auch hier innerhalb der conservativen Partei sich eine Strömung gegen die Vorlagen vom 7. Januar c. geltend machte, so hat doch die Beendigung der Verfassungs-Krisis, wie sie in der zweiten Kammer durch die Annahme des Arnimschen Amendements über Bildung der Pairie zu Stande gekommen ist, im Ganzen einen befriedigenden Eindruck gemacht. Namentlich ist das offene und entschiedene Auftreten des Ministers des Innern mit Beifall aufgenommen worden. Man hält sich versichert, daß durch diese Versöhnung zwischen Regierung und Kammer die absolutistische, so wie die demokratische Partei besiegt und so endlich der feste Boden für das constitutionelle Preußen gefunden sei. — An den Wahlen zum Erfurter Reichstag haben sich, so weit unsere Nachrichten aus der Provinz reichen, die Demokraten im Allgemeinen nicht betheiligt. Nur an einzelnen Orten, wie in Bahn und Polzin, ist dies geschehen, auch von Seiten der conservativen Partei ist mit einzelnen Ausnahmen durchschnittlich nicht mehr als ⅓ der Urwäler erschienen; in Stolpe sogar von 1160 Urwäler nur 725, in Bahn von 235 3ter Klasse nur 45, in Golnow von 792 nur 181; auch in Stettin hat sich das Zahlenverhältniß nicht wesentlich anders gestellt. — Innerhalb der conservativen Partei hat sich fast überall eine Spaltung zwischen der Rechten und der äußersten Rechten gezeigt; so in Stralsund zwischen dem von dem Bürgerverein ausgegangenen Wahlausschuß und den Gutsbesitzern; in Cöslin zwischen dem auf Anregung des Regierungsrath von Ledebur entstandenen deutschen Wahlverein und dem Centralverein des Fürstenthümer-Kreises. In Stettin hat diese Scheidung eine mehr nach links gehende Richtung angenommen indem sich hier eine Anzahl Männer zur Wahl eines der Gothaer Partei angehörigen Kandidaten vereinigt hat. Daß die äußerste Rechte eigentlich das Nichtzustandekommen der deutschen Einheit bezweckt, das ist am entschiedensten in dem Verein für König und Vaterland zu Jasmund auf Rügen ausgesprochen worden. Dort hat ein Mitglied offen zur Nichtbetheiligung an den Wahlen aufgefordert, weil es Deutschland an der sittlichen Einheit fehle, und weil die Versammlung von Abgeordneten nach den bisherigen Erfahrungen weder auf religiös-sittlichem Grunde noch auf dem Boden der Wirklichkeit ständen. Es läßt sich nicht leugnen, daß die äußerste Rechte, namentlich im Cösliner Bezirk, auf dem platten Lande eine nicht unbedeutende Anzahl von Anhängern hat, um so mehr wird es aber Pflicht der conservativ-constitutionellen Partei sei, diesen für das wahre Wohl des Vaterlandes höchst gefährlichen Bestrebungen entschieden entgegen zu wirken. — Als Kandidaten für den Erfurter Reichstag sind in der Provinz — so viel uns bekannt — aufgestellt: in Stralsund von dem Wahlausschuß der Professor Baumstark, in Anclam der Graf Schwerin, in Demmin der Obergerichts-Assessor Francois, in Cöslin der Appellations-Gerichts-Direktor von Schrötter; in Stettin endlich der zur Gothaer Partei gehörige Kaufmann E. Rahm und der Direktor Scheibert. Der Letztere, welcher in politischer Beziehung sich der äußersten Rechten zuneigt, hat bei der Vorwahl die meisten Stimmen erhalten und man kann seine Wahl als gesichert betrachten.*)

△ Erfurt, den 27. Januar. (Schluß.) Diesen kirchenhistorisch so merkwürdigen Gebäuden hatte Se. Majestät der König schon früher seine unterstützende Theilnahme zugewendet. Das Gebäude des Martinsstiftes, einer Erziehungsanstalt im Sinne der Berliner Wadzeks-Anstalt, ist auf königliche Kosten erbaut worden, und so auch hatte schon im letztverwichenen Sommer der König aus eigenen Mitteln zum Neubau der baufälligen Augustinerkirche die Summe von 5000 Thlr. bewilligt, und dieser Neubau hatte bereits begonnen, als sich die Wahl Erfurts zur Parlamentsstadt entschied, so daß er nun auf andere Weise zu Stande kommen wird. Die von Berlin gesandte Bau-Commission hat diese Kirche vorzüglich deshalb erwählt, weil das anstoßende Martinsstift zugleich die Räume für Kommissions-Sitzungen, Büreaux rc. darbietet, deren nicht weniger als achtundzwanzig verlangt wurden, so daß auch noch ein Theil des Waisenhauses in Anspruch genommen worden ist. Es ist nach Vorstehendem nicht wahr, was demokratische Blätter der Welt erzählen wollen, daß der Reichstag die Augustinerkirche vor dem Einfalle gerettet habe; wohl aber ist es eine freilich auffallende, aber wahre Bemerkung, daß in Erfurt die etwa gleich zahlreichen katholischen Kirchen in gutem baulichen Zustande stehen, während die evangelischen mehrfältig in Baufälligkeit gerathen sind.

In vergangener Woche war nun auch hier das öffentliche Interesse den Wahlen für den Reichstag zugewendet, und dieselben sind in großer Ordnung und ohne eigentlichen Wahlkampf vollzogen worden. Daß letzterer gefehlt hat, daran nimmt die demokratische Neue Erfurter Zeitung großen Anstoß, und verspöttelt im Tone der Verbissenheit den Wahlakt, an dem sich die Demokratie wenig oder nicht betheiligt hat, indem sie ihn mit einer einstudirten Opernaufführung vergleicht, bei welcher die Chöre ausgeblieben seien, die dafür von dem Theater-Direktor mit Gehaltsabzug bestraft würden. Es war freilich anders im Jahre 1848, wo nicht die Theater-Direktoren, sondern die Direktoren der demokratischen Chöre die Oper einstudirten. Uebrigens sind die Wahlen sowohl in Erfurt als in den anderen zum Wahlkreis gehörigen Orten durchweg conservativ ausgefallen, und es treten meistens dieselben Wahlmänner wieder auf, die zuletzt für die zweite Preußische Kammer gewählt haben. Zum Deputirten Erfurts hat man bereits den General v. Radowitz ersehen, und mit allgemeiner Spannung erwartet man hier seine eigene Erklärung über die Annahme. Auf ein deshalb an ihn gerichtetes Schreiben hat er sich freilich noch nicht entschieden ausgesprochen, da Arnsberg, welches ihn schon für Frankfurt gewählt hat, die gleiche Frage an ihn gerichtet hat; er weis't in seinem Antwortschreiben auf diesen Umstand hin, und behält sich die Wahl zwischen der Vertretung beider Städte vor. — Es kann bei der Relation über das diesmalige, wenn auch noch so ruhige Wahlgeschäft die Erwähnung eines Mannes nicht unterlassen werden, der in diesen ruhigen Gang doch einige Störung zu bringen drohte, und der bei den neuesten für Erfurt günstigen Ereignissen überhaupt auf besondere Weise betheiligt erscheint. Es ist dieses ein Dr. Ilsing, der im Frühjahr 1848 als Heidelberger Privatdocent hierher kam und sich um die Wahl nach Frankfurt bewarb. Schon damals hat er Erfurt in öffentlichen Blättern zum Sitz des Deutschen Parlaments vorgeschlagen, und ist wohl auch nachmals für einen hiesigen Verein, der ihn dafür honorirte, zur Realisirung dieser Idee mehrmals nach Berlin gereist. Jetzt nun giebt er sich, freilich mit etwas kühner Logik, für den eigentlichen Stifter dieser neuen Würde Erfurts aus, da er die Staatsmänner zu diesem Gedanken bestimmt habe, die ohne ihn denselben nicht möchten gefaßt haben. Und da er hieran den Anspruch auf die Erfurter Deputirtenstelle zu knüpfen schien, und deswegen bei der bevorstehenden Wahl auf eine Beseitigung der Theilnahme der Beamten hinarbeitete, so wurden ihm sowohl von demokratischer als conservativer Seite seine demokratischen Antecedentien vorgehalten, und es war nun eigentlich unterhaltend, wie der Mann mit zwei großen gedruckten Erklärungen seine politische Doppelgestalt von 1848 und 1850 in eine sich selbst treue Wohlgestalt zu verschmelzen suchte. Uebrigens wird dennoch dieser Dr. Ilsing hier eine besondere Reichszeitung und zwar als Organ des Verwaltungsrathes, von welchem er schriftliche Zusicherungen darüber hat, herausgeben; dagegen hat unser Ministerium den Herausgeber der conservativen Erfurter Zeitung, Buchdruckereibesitzer Cramer, aufgefordert, seine Zeitung zum Organ desselben zu erweitern, wodurch diesem braven Manne, der in den Zeiten des hiesigen Pöbel-Terrorismus auch durch die auf sein Bett geworfenen Steine nicht zu anderer Sprache bestimmt wurde, eine verdiente Anerkennung zu Theil geworden ist. So werden mit Beginn des Reichstages zwei große Zeitungen von Erfurt ausgegeben. Der Redakteur der demokrat. Neuen Erfurter Ztg. ist als Steuerverweigerer zum 1. Februar vor das Geschwornengericht in Berlin geladen. Die Stadtverordneten-Versammlung, deren Mitglied er ist, hat wegen dieses Prozesses sein Bürgerrecht sistirt; doch hat der Magistrat diesen Beschluß nicht bestätigt. — In der letzten Sitzung des hiesigen konstitutionell-monarchischen Vereins wurde nach Aufforderung des Berliner Central-Vereins die neue Gemeindeordnung verhandelt, um dorthin darüber zu berichten. Einsichtige Landwirthe aus unserer Nähe haben große Bedenken gegen ihre Anwendung auf die Landgemeinden hiesiger Gegend ausgesprochen; der Verein hat sich gegen dieselbe erklärt. — In dem benachbarten Weimar geht es noch ziemlich demokratisch zu: der Landtag hat durch seine Beschlüsse seinem Vorstand das Recht der Zusammenberufung beigelegt, hat das suspensive Veto beschlossen, und dringt auf die Frankfurter Grundrechte. Man erwartet seine Auflösung.

Dresden, den 26. Januar. Heute hatten die Vertheidiger der drei Gefangenen auf der Festung Königstein mit denselben, wegen der zweiten Vertheidigung, im Beisein der Untersuchungs-Commision, eine Besprechung, wobei die Gefangenen in ihre sonst in jeder Hinsicht befriedigenden Mittheilungen über ihr körperliches und geistiges Befinden und ihre Behandlung zum Theile nur die Klage mischten, daß sie das vollständige Tageslicht und die Lektüre einer politischen Zeitung entbehrten. Heubner wurde durch einige Silhouetten seiner Angehörigen, welche ihm sein Vertheidiger, Gerichts-Director Glöckner, mitbrachte, eine große Freude bereitet.

Frankreich.

Paris, den 25. Jan. (Köln. Ztg.) Ueber den Inhalt der Depeschen aus Wien und Turin, welche vorgestern eine Sitzung des Ministerraths veranlaßten, erfährt man unverbürgt, daß Oesterreich wegen seiner Finanznoth sich entschlossen habe, einen Theil der Lombardei (bis zum Mincio) gegen eine bedeutende Geldsumme an Sardinien abzutreten, daß es aber vor dem Abschlusse des Handels Frankreich und England habe zu Rathe ziehen wollen. Wie es heißt, würde unsere Regierung diesem Entschlusse Oesterreichs, sein Gebiet in Italien beträchtlich zu verringern, mit Vergnügen seine Zustimmung geben; von Seiten der Englischen Regierung aber erwartet man Widerspruch, und Lord Normanby, den unsere Regierung befragte, soll erwidert haben, er bezweifle sehr, daß seine Regierung die Ansicht des französischen Cabinets theile. — General Lamoriciere soll neulich geäußert haben, daß er, falls ein Angriff auf die Verfassung, gleichviel woher, erfolge, als Soldat in die Reihen treten und für die Verfassung kämpfen werde. — Im „Journal des Debats" lies't man: Dieser Tage hat ein Antiquar auf einer Auction ein Buch mit folgendem Titel gekauft: „Verfassung der französischen Republik. Dijon, 1793. Ein Band in 12. Eingebunden in Menschenleder." Es existirte in der That von 1792 bis 1794 zu Meudon bei Paris eine Gerberei von Menschenhaut, die nicht nur zu Büchereinbänden, sondern sogar zur Verfertigung anderer Lederwaaren benutzt wurde, wie der Historiker Montgaillard erzählt. Derselbe sagt wörtlich: „Von den guten und schönen Leichnamen der Hingerichteten wurde die Haut abgezogen und mit besonderer Sorgfalt gegerbt. Die Haut der Männer war fester und überhaupt besser als Gemsenleder; die der Frauen war wegen der Weichheit der Gewebe weniger fest." — In mehreren Departements sind Subscriptionen für die abgesetzten Schullehrer eröffnet worden.

In der heutigen Sitzung der National-Versamm. wird der Handels- und Schifffahrt-Vertrag mit Belgien ohne Debatte in zweiter Berathung genehmigt und zur dritten zugelassen. — Hierauf kommt zur Berathung ein Antrag des Generals Baraguay d'Hilliers auf Widerruf eines Decrets der Constituirenden, wonach vom 1. Oktober 1850 an der Unterricht und die Unterhaltungskosten für die Schulen der polytechnischen und der Offizierschule vom Staate bezahlt werden sollten. Die Generale Cavaignac und de Lamorciere hatten namentlich zur Erlassung dieses Decretes beigetragen, das als eine Consequenz der von der Republik proclamirten Gleichheit betrachtet wurde. De Kerdrel entwickelt in einer längeren wenig gehörten Rede die Irrigkeit der gegen das bisherige System in Betreff der beiden Schulen erhobenen Anschuldigungen und die Zweckmäßigkeit einer bloßen Vermehrung der Freistellen. Schluß der Sitzung $6\frac{1}{4}$ Uhr.

Paris, den 26. Januar. (Köln. Ztg.) Seit dem 1. Januar haben sich hier fünfzehn neue Arbeiter-Verbindungen gebildet. Bis jetzt haben die Schneider, Köche, Barbiere und Hutmacher die meisten Mitglieder zu diesen Arbeiter-Vereinen geliefert.

— In der heutigen Sitzung der National-Versammlung wird die Discussion über Aufhebung eines Dekrets der Constituirenden, welches vom 1. Oktober 1850 die Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Unterhaltung der Schüler der polytechnischen und der Militairschule angeordnet hatte, fortgesetzt. Charras spricht für die Beibehaltung der Unentgeltlichkeit. Er erinnert daran, daß die bedeutenden Illustrationen, die aus der polytechnischen Schule hervorgegangen sind, alle aus der Zeit herrühren, wo die Schüler vom Staate bezahlt wurden. Er weis't ferner auf die Unentgeltlichkeit des Unterrichts auf den Militairschulen in Rußland und zum Theil auch in Preußen hin. Er führt zum Schlusse einige frühere Aeußerungen von Charles Dupin und de Tracy zu Gunsten der Unentgeltlichkeit des Unterrichts auf der polytechnischen Schule an, um diesen beiden Männern den Wankelmuth in ihren politischen Gesinnungen vorzuwerfen. Hierdurch sehen sich Charles Dupin und de Tracy veranlaßt, ihre früheren Aeußerungen zu berichtigen und zu vertheidigen. Man erfährt dabei, daß Charles Dupin (der berühmte Statistiker, gewesener Pair von Frankreich) selbst als Artillerie-Unteroffizier unter dem Consulat Schüler der polytechnischen Schule gewesen ist. General Gourgaud (von der Rechten, ebenfalls gewesener Schüler der polytechnischen Schule) vertheidigt unter dem Beifall der Linken die Verfassungsmäßigkeit der völligen Unentgeltlichkeit des Unterrichts. Leverrier, Berichterstatter über das Gesetz, sucht zu beweisen, daß die Beibehaltung einer Pension für die Aufnahme in beide Anstalten das Princip der demokratischen Gleichheit nicht verletze und warnt vor der großen Anzahl von jungen Leuten, die sich bei der Unentgeltlichkeit der Ausbildung in diesen Anstalten zu den Prüfungen melden und deren Nichtaufnahme eine große Anzahl von Familien jedesmal in Kummer versetzen würde. Lamoriciere erhebt sich mit Energie für die Unentgeltlichkeit, die allein dem nicht nur durch die Verfassung von 1848, sondern schon durch die von 1789, 1815 und 1830 proklamirten Grundsatze entspreche: daß alle Franzosen in gleicher Weise zu allen öffentlichen Aemtern zugelassen werden sollen. „Wie man früher seinen Adelsbrief zeigen mußte," äußerte er, „um in die Offizierschule aufgenommen zu werden, so muß man jetzt seine 1000 Franken-Banknote zeigen. Wenn Ihr die Erziehung wirklich entwikkeln wollt, so besteuert nicht die Intelligenz, sonst wird man sagen, daß Ihr das Licht fürchtet. Man sagt, wir neigten uns zum Socialismus. Es ist wahr, wir sind ein wenig liberaler als Hr. v. Polignac." Die im Geiste des entschiedenen Fortschritts gehaltene Rede des Generals wird von der Linken mit vieler Gunst angehört, das Gesetz jedoch mit ziemlicher Majorität in erster Berathung angenommen und zur zweiten Berathung zugelassen.

Spanien.

Madrid, den 19. Jan. (Köln. Ztg.) Auch die heute angelangten Lissaboner Berichte vom 14ten melden nichts von revolutionären Unruhen. Bei Los Arcos hatte sich eine aus Spaniern und Portugiesen bestehende Bande von 70 gutbewaffneten Reitern gezeigt, was vielleicht zu dem Gerüchte vom Ausbruche einer Revolution in Lissabon den Anlaß gab. Man erfährt auch, daß in Oporto die Offiziere zweier Regimenter erklärt haben, sie würden ihre Entlassung nehmen, wenn man ihren rückständigen Sold nicht auszahle.

Kammer-Verhandlungen.

93ste Sitzung der zweiten Kammer vom 30. Januar.

Nach Eröffnung ($12\frac{1}{4}$ Uhr) wird ein Schreiben des Justiz-Ministers zur weiteren Veranlassung mitgetheilt, mit dem Bemerken, daß die Erste Kammer die darin erbetene Erlaubniß zur gerichtlichen Verfolgung des Redakteurs des „Freimüthigen an der Hardt" wegen eines die Kammer beleidigenden Artikels nicht ertheilt habe. Die Majorität der zweiten Kammer erklärt sich gleichfalls gegen die Verfolgung.

Auf der Tagesordnung steht der Commissionsbericht über die Anträge und Petitionen, betreffend die Regelung der Verhältnisse der zur Beschaffung der militairischen Bedürfnisse bestimmten Werkstätten und Fabriken der Militairverwaltung.

Die Commission beantragt, in Erwägung, daß die sonst erforderlich werdenden Aenderungen nach den Zusagen der Regierungs-Commission ohne dies eingeführt werden würden, die Anträge und Pe-

*) Derselbe, Direktor der dortigen Friedrich-Wilhelms-Schule, ist, nach neuerem Bericht, gewählt worden.

titionen lediglich den betreffenden Ministerien zur geneigten Berücksichtigung zu empfehlen. Der Commissionsantrag wird nach einer längeren Debatte angenommen, ebenso geht die Kammer über einen anderen Antrag, das Gesetz über den Holzdiebstahl betreffend, zur Tagesordnung über. Schluß der Sitzung $2\frac{1}{2}$ Uhr. — Nächste Sitzung: Freitag 12 Uhr. Tagesordnung: Harkorts Antrag.

105te Sitzung der ersten Kammer vom 1. Februar.

Eröffnung $10\frac{1}{2}$ Uhr. Vorsitzender: Präsident v. Auerswald.

Am Ministertische sitzen die Minister Gr. Brandenburg, von Ladenberg, v. Strotha, v. d. Heydt, v. Rabe, Simons. Die Tribünen sind leer. Nachdem das Protokoll der vorigen Sitzung verlesen und genehmigt, und der Austritt des Abg. v. Zedlitz-Trützschler aus der Kammer wegen Beförderung angezeigt worden, bittet der Minister-Präsident Gr. Brandenburg ums Wort. (Allgemeine Spannung.)

Minister-Präsident Gr. Brandenburg: Meine Herren! Nachdem Se. Majestät der König von den Beschlüssen Kenntniß genommen, welche von den beiden Kammern über die Königl. Botschaft vom 7. Januar gefaßt worden sind, haben Allerhöchstdieselben mich ermächtigt, der hohen Kammer folgende Allerhöchste Botschaft zu überreichen:

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. ꝛc.

haben aus den Uns vorgelegten letzten Beschlüssen der Kammern mit Befriedigung ersehen, daß dieselben der großen Mehrzahl Unserer auf die Verfassungs-Revision bezüglichen Propositionen vom 7. d. Mts. beigetreten sind. In Ansehung der die Aufhebung der Familien-Fideicommisse betreffenden Vorlage ist zu Unserem Bedauern eine gleiche Uebereinstimmung nicht zu erreichen gewesen; Wir werden daher, im Sinne dieser Vorlage, dem, in der Verfassungs-Urkunde verheißenen Gesetze über die Familien-Fideicommisse sowohl die Wahrung der erworbenen Rechte der Anwärter, als auch die Erhaltung einer der verfassungsmäßig gesicherten künftigen Bildung der Ersten Kammer entsprechenden Grundlage vorbehalten.

Die in der Verfassungs-Urkunde vom 5. December 1848 vorbehaltene Revision derselben sehen Wir jetzt als beendigt an, haben die Verfassung mit sämmtlichen von beiden Kammern übereinstimmend beschlossenen Zusätzen und Abänderungen vollzogen und deren Publikation durch die Gesetzsammlung angeordnet. Der Schlußbestimmung der Verfassung gemäß **werden Wir nunmehr das in derselben vorgeschriebene eidliche Gelöbniß in Gegenwart der vereinigten Kammern ablegen und zugleich den Eid Unserer Minister und der Mitglieder beider Kammern entgegennehmen.** Zu dieser feierlichen Handlung haben Wir den nächsten **Mittwoch, den 6. Februar d. J.**, bestimmt, und fordern die Kammern auf, an diesem Tage um 11 Uhr Vormittags zu dem angegebenen Zwecke in Unserem Residenzschlosse zu Berlin zusammenzutreten.

Gegeben Charlottenburg, den 31. Januar 1850.

Friedrich Wilhelm.

Graf v. Brandenburg. v. Ladenberg. v. Manteuffel. v. Strotha. v. d. Heydt. v. Rabe. Simons. v. Schleinitz.

Präsident: Ich kann diesen Moment nicht vorübergehen lassen, ohne meine innige Ueberzeugung auszusprechen, daß das große Werk dieses Tages, vom höchsten patriotischen Gefühle getragen, zum Heil und Segen, zum Ruhme und zur Größe des Vaterlandes gereichen werde. (Stille im Saale)

Nach einer hierauf verlesenen Mittheilung des Minister-Präsidenten hat Sr. Maj. der König 6300 Thlr. aus der Staatskasse dem Ministerium der geistlichen Angelegenheiten zur Unterstützung der Elementarlehrer überwiesen; die zu diesem Zwecke zu verwendende Summe beträgt sonach jetzt 63,000 Thlr.

Der Petitionsbericht wird in hergebrachter Weise erledigt. Der Antrag der Commission auf Anerkennung der Dringlichkeit und Ertheilung der Genehmigung zu der Verordnung, betreffend die interimistische Regulirung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse in der Provinz Schlesien, wird nach Verwerfung eines entgegenstehenden Amendements angenommen. Die Kammer geht zum letzten Gegenstand der Tagesordnung über, zu dem Gesetze, betreffend die Verpflichtung der Gemeinden zum Schadenersatze bei Tumulten. Die Commission hat den Grundsatz und das Bedürfniß eines solchen Gesetzes anerkannt. In der allgemeinen Debatte erklären sich die Abg. Lautz und Kisker für, Abg. Kuh und Wachler gegen das Gesetz. Der Minister des Innern empfiehlt wiederholt die Annahme desselben. Das Gesetz wird schließlich mit einigen Abänderungen angenommen. Einige Zusatzartikel, nach welchen das Gesetz erst mit der Gemeinde-Ordnung in Kraft und im Falle des Belagerungszustandes außer Kraft treten soll, wird abgelehnt. Nach Erledigung einiger Petitionen wird um 3 Uhr die Sitzung geschlossen und die nächste auf Montag früh 10 Uhr anberaumt.

Locales ꝛc.

Posen, den 1. Febr. Nachstehender Bericht über die Hemmungen der Fahrten auf der Stargard-Posener Eisenbahn hat uns die Direktion derselben auf unser Ansuchen bereitwilligst zugehen lassen.

Bis zum 27. Januar war es unter Anwendung von vielen Menschenkräften, einige Verspätungen abgerechnet, doch möglich gewesen, die Züge zwischen Stettin und Posen zu befördern. Zuerst aber konnte wegen bedeutenden Schneefalls und heftigen Schneetreibens der am 26. huj. Nachmittags 5 Uhr 18 Minuten Abends aus Stettin abgegangene Zug, nachdem er um 7 Uhr 56 Minuten von Arnswalde abgegangen war, nicht nach Woldenberg, wo der Stettiner Abendzug stets übernachtet und am folgenden Tage $10\frac{1}{2}$ Uhr in Posen eintrifft, gelangen und wurde am 27. früh per Telegraph gemeldet, daß dieser Zug, der endlich nach Woldenberg gekommen, wegen zu großen Schneefalls von Woldenberg nicht abfahren könne. Es fiel also der am 27. huj. Vormittags $10\frac{1}{2}$ Uhr hier ankommen sollende Zug aus. Dagegen war es noch möglich, unter Aufbietung aller nur disponiblen Mannschaften aus den nächsten Ortschaften — den sonst des Vormittags 9 Uhr 30 Minuten abgehenden Zug um 10 Uhr 25 Minuten noch von hier abgehen zu lassen und gelangte derselbe auch zur richtigen Zeit nach Woldenberg, dann verspätete er sich aber des ungeheuren Schneefalles wegen zwischen Woldenberg und Stettin um beinahe 3 Stunden, so daß er statt 4 Uhr 7 Minuten erst um 7 Uhr 50 Minuten nach Stettin gelangte. Der sonst Mittags 12 Uhr 10 Minuten aus Stettin abgehende Zug ging am Sonntage den 27. erst um 1 Uhr 45 Minuten ab, blieb aber des fürchterlichen Schneewehens wegen kurz vor Stargard stecken; das Schneewehen war so stark, daß nach Aussage des Fahrpersonals der Zug, so wie er stand, bald bis zur Höhe der Wagenfenster eingewehet war, er mußte förmlich ausgegraben werden und kam erst um 5 Uhr 28 Minuten in Stargard an, ging von dort um 7 Uhr ab und kam endlich Nachts 1 Uhr 6 Minuten in Posen an. Von Posen konnte von Sonntag Nachmittag, da der Frühzug von Woldenberg, wie oben erwähnt, nicht abgegangen war — (einige Passagiere jedoch aus Samter brachte die Arbeitsmaschine, die mit dem Schneepfluge die Strecke räumte, mit) — auch kein Zug abgehen, da es fast gewiß war, daß er nicht durchkommen würde; — der Stettiner Abendzug ging von Sonntag den 27., da der Posener Personen-Zug erst um 7 Uhr 50 Minuten nach Stettin kam, um 8 Uhr 43 Minuten ab und kam 12 Uhr 15 Minuten Nachts nach Woldenberg. Dort übernachtete er und fuhr Montag den 28. huj. um 7 Uhr 15 Minuten von Woldenberg nach Posen ab, kam um 9 Uhr 2 Minuten nach Wronke, fuhr von dort 9 Uhr 6 Minuten ab und mußte, da das Schneetreiben wieder fürchterlich geworden, auf der Strecke zwischen Wronke und Samter die Güterwagen stehen lassen und kam zunächst mit den Personenwagen um 10 Uhr 25 Minuten nach Samter, holte darauf die Güterwagen nach Samter und fuhr dann um 12 Uhr 5 Minuten mit den Personenwagen allein nach Posen, wo er 1 Uhr 13 Minuten ankam. So wie er angekommen, wurde von hier aus eine Maschine nach Samter geschickt, die um 3 Uhr 30 Minuten die Güterwagen nach Posen brachte. Der Frühzug aus Posen ging am Montag den 28. noch richtig 9 Uhr 30 Minuten ab, und gelangte, wenn gleich spät, noch nach Stettin; desgleichen kam der am Montag den 28. um 3 Uhr 45 Minuten von hier abgegangene Nachmittagszug noch gut nach Woldenberg. Dagegen viel schlimmer erging es dem am Montag den 28. Mittags 12 Uhr 45 Minuten aus Stettin abgegangenen Posener Personenzuge. Nachdem dieser Zug um 4 Uhr 40 Minuten glücklich nach Arnswalde gekommen und um 5 Uhr 25 Minuten von dort wieder abgefahren war, mußte er, nachdem bei dem stets heftiger werdenden Winde vergebliche Anstrengungen gemacht worden waren, wieder nach Arnswalde zurück und dort liegen bleiben, bis die Bahn fahrbar werden würde. Da der Sturm nicht nachließ, so war es eine wahre Riesenarbeit, die Bahn fahrbar zu bekommen; mehrere tausend Menschen haben auf der 27 Meilen langen Bahn gearbeitet und den Schnee doch nicht bewältigen können, denn bald schneite es, dann kam der Wind einige Stunden aus Norden und dann wieder aus Süden und trieb den Schnee unaufhörlich von einer Seite auf die andere; in den Durchstichen war die Bahn 10—15 Fuß hoch zugeweht; 4—6 Fuß hoch lag der Schnee fast durchgehends. Durch ungeheure Arbeitskräfte (zwischen hier und Wronke arbeiteten nahe an 1000 M.) war die Bahn am 29. Abds. 6 Uhr wieder fahrbar, da steigerte sich der Sturm zum fürchterlichsten Orkan und in kurzer Zeit war dieselbe noch mehr verweht denn zuvor, also alle Arbeit bis dahin rein umsonst. Dazu kommt noch, daß das Wetter oft umschlug, denn nachdem es am 29. bei Tage thaute, fror es und schneite gegen Abend wieder, und ist hierdurch der Schnee so fest geworden, daß er nur herausgestochen werden kann; mit Schneeschippen ist gar nichts anzufangen. Da sich seit dem 30. Nachmittags der Wind ein wenig gelegt hat, so wurde es möglich, die Bahn zwischen Stettin und Arnswalde bis nach Wronke bis zum 31. Vormittags frei zu bekommen, so daß der Zug, der seit dem 28. huj. Abends in Arnswalde gelegen hat, am 31. Morgens 7 Uhr von Arnswalde abfahren konnte und gegen 11 Uhr glücklich nach Wronke kam. Von dort fuhr er auch 12 Uhr wieder nach Stettin zurück; und da bis Nachmittags 3 Uhr auch die Strecke Wronke-Posen fahrbar wurde, so konnte auch am 31. huj. Nachmittags 3 Uhr 25 Minuten wieder von Posen der Zug abgehen. Der am 31. Mittags aus Stettin wieder abgegangene Zug gelangte desselben Tages Abends $9\frac{1}{2}$ Uhr nach Posen und ist, nachdem am 29. und 30. huj. die Verbindung mit Stettin unterbrochen war, dieselbe sonach wieder hergestellt. Unerwähnt kann hier nicht bleiben, daß es für die Verwaltung mit ungeheuren Schwierigkeiten verbunden ist, tüchtige Arbeiter für die Strecke Posen-Wronke zu bekommen, einmal liegen auf dieser 7 Meilen langen Strecke wenig oder gar keine Dörfer in der Nähe der Bahn, zum anderen sind auch die Bewohner dieser Dörfer nicht zur Arbeit zu bewegen, denn lieber sitzen sie den ganzen Tag am Ofen und faullenzen, als daß sie sich ihr Brod verdienen.

— In Ostrowo ist der Landrath des Adelnauer Kreises, Landrath v. Röder, und in Inowraclaw der Kreis-Gerichts-Direktor Geßler aus Schubin, zum Deputirten für Erfurt erwählt.

= Aus dem Buker Kreis. — Das Interesse bei der Wahl der Wahlmänner war deutscher Seits im ganzen Kreise ein sehr laues, namentlich in den Städten, mit Ausnahme von Grätz, wo durch den seit Jahren dort bestehenden deutschen Verein eine regere Theilnahme an den politischen Vorgängen ausgebildet und begründet worden ist. Die Polen haben sich fast durchgängig der Wahlen enthalten, in Neustadt auch die Juden; deshalb gingen aus vielen Wahlbezirken gar keine Wahlmänner hervor. Als Kandidaten für den vom Buker und Bomster Kreis gemeinschaftlich zu wählenden Deputirten traten bei der Wahl nach Erfurt in Wollstein auf: der Kreisgerichts-Rath von Drechsler aus Grätz und der Landrath von Schlottheim aus Wollstein. Der Buker Kreis, welcher durch das Ausfallen von mehr als der Hälfte seiner Wahlmänner in der Minorität war, stimmte einstimmig, mit Ausnahme des Bürgermeisters Katerle aus Neutomysl und Gutsbesitzer v. Schlichting aus Dürrhund, für den Rath v. Drechsler, der Bomster Kreis, mit Ausnahme weniger Stimmen für den Landrath v. Schlottheim, welcher als Deputirter mit absoluter Majorität aus der Wahl hervorging. — Referent hatte das Vergnügen, der sogenannten Urwahl kurz vor dem Wahlakt in Wollstein beizuwohnen, wodurch ihm reiche Gelegenheit geboten wurde, das wahrhaft Erhebende solcher aus freier Ueberzeugung hervorgehender konstitutioneller Wahlen in höchster Potenz kennen zu lernen.

δ Aus dem Fraustädter Kreise, den 31. Januar. Der Wahlkampf ist vorüber; er hat uns rascher und mit weniger Schwierigkeiten die Entscheidung gebracht, als wir bei den mannigfaltig sich widerstrebenden Wünschen und partikularistischen Bemühungen voraussetzen durften. Von den nahe an 200 Wahlmännern, die der hiesige Wahlkörper umfassen soll, betheiligten sich nur 155 an der Abgeordnetenwahl, da mehrere Ortschaften, die zu einem Wahlbezirk vereinigt waren, aus lokalen Ursachen, vornehmlich wegen schlechten Wetters, hie und da auch aus Gleichgültigkeit nicht gewählt hatten, einige Wahlmänner wegen Krankheit u. s. w. ausgeblieben sind. — Gleich bei der ersten Abstimmung erhielt der von Lissa und Rawicz gemeinsam in Vorschlag gebrachte Candidat, Staatsanwalt Schottky 77, also 2 Stimmen über die erforderliche absolute Mehrheit. Von seinen Mitbewerbern hatte Dr. Geyder aus Trachenberg 40, Prediger Specht aus Fraustadt 29 Stimmen; die übrigen Stimmen zersplitterten sich. Im Allgemeinen ist die Stimmung über die getroffene Wahl eine befriedigende, da man in den Patriotismus und die Einsicht des Gewählten das Vertrauen setzt: er werde das möglich Erreichbare von den bloß idealen Phantomen zu unterscheiden wissen.

Gestatten Sie Ihrem Correspondenten gegen seine sonstige Gewohnheit auf eine ihm aus Fraustadt zu Theil gewordene Rektificirung seines Berichts in Nr. 22 Ihrer geschätzten Zeitung, wodurch die Zuverlässigkeit seines Referats offenbar in Zweifel gezogen wird, hier in Kürze rechtfertigend einzugehen. Jener Berichtiger will zuvörderst aus dem Verhältniß derer, die sich an der Wahl nicht betheiligt, die Stärke der politischen Partei deduciren, die für ihn von besonderem Interesse sein mag. Allein, die schlaue Schlußfolge verliert ihren Halt in der bestrittenen Voraussetzung, daß alle Nichtwähler radikale Ultra's sein müssen. Was die beigefügte, statistische Notiz betrifft, so glauben wir ihn darin noch übertreffen zu können, wenn wir als Curiosum die Thatsache anführen, daß unter andern im dritten Lissaer Wahlbezirk, dem conservativsten von allen, von circa 380 Urwählern nur 20, also überhaupt nur $\frac{1}{19}$ der Wahlberechtigten erschienen sind, von denen 17 der III., 1 der II. und 2 der I. Abtheilung angehören. Was den Berichtiger aber mehr, als alles dieses überraschen wird, zugleich aber meine Behauptung von der thatsächlichsten Theilnahme der Demokratie an den stattgefundenen Wahlen mehr als begründet, ist, daß — mirabile dictu — in verschiedenen hiesigen Wahlbezirken die früheren Präsidenten und Vice-Präsidenten, vulgo: Sprecher der demokratischen Vereine an den Wahlen sich betheiligt, zum Theil sogar Wahlmänner geworden sind. Diese Betheiligung der Furcht vor einem Ministerium Gerlach zuschreiben zu wollen, ist mindestens ein sehr kühnes Wagniß.

ε Zirke, den 28. Januar. In Nr. 3 des Birnbaumer Kreis-Wochenblattes fanden wir einen Artikel, aus Nr. 12. Ihrer Zeitung entlehnt, über unsere hiesige periodische Presse, zugleich mit einer Widerlegung desselben Seitens der Redaktion des genannten Blattes. Im Interesse der Wahrheit glauben wir einige Bemerkungen über diesen Gegenstand nicht unterlassen zu dürfen. Was nun das entschlafene „patriotische Wochenblatt“ betrifft, so hegen wir nur den Wunsch: requiescat in pace; Patriotismus zeigte es eben wenig, und von einem Wochenblatte hatte es nur die Eigenschaft, daß es alle Wochen erschien. Ueber das Kreisblatt haben wir, weil es noch besteht und, in etwas veränderter Fassung viel Nutzen stiften könnte, ausführlicher zu sprechen. In dem angeführten Artikel (Nr. 3) sagt die Redaktion: „sie benutze zuweilen die angegebenen Quellen“ (Urw. und Nat. Ztg); dies ist insofern richtig, als nicht allein „zuweilen“, sondern vielmehr größtentheils aus denselben geschöpft wird. Obgleich es nun nicht zu tadeln ist, daß wichtige Artikel aus anderen Zeitschriften entlehnt werden, so erscheint das hier gerade unzweckmäßig, denn der größte Theil der Leser unseres Kreisblattes nimmt wohl selten eine Zeitung zur Hand, kann daher auch jene Aphorismen keineswegs verstehen, und anstatt verdeutlicht, werden die Begriffe nur noch mehr verwirrt. Was nützt z. B. ein Panegyrikus auf Görgey und Bem, wenn diese Männer kaum dem Namen nach bekannt sind; was nützen Expektorationen über Waldeck und Ohm, wenn man jenen nur als Steuerverweigerer, diesen gar nicht kennt? Die betreffende Redaktion möge bedenken, daß ihre Abonnenten nicht in Birnbaum allein, sondern wohl noch zahlreicher auf dem Lande wohnen. Was die „pöbelhaften Artikel“ betrifft, so möchten wir unserem Blatte rathen, seine Leser von gewissen Herrn nicht wieder per Leute anreden zu lassen, da wir doch nicht als Kompagnie vor'm Hauptmann aufmarschirt sind; und ebenso nicht Artikel zu liefern, wie vor längerer Zeit einige in der Pechner'schen Streitsache. Will das Kreisblatt wirklich vortheilhaft wirken, so denke es daran, seinen, auch den außerstädtischen, Leserkreis über die ihm zunächst liegenden Interessen zu belehren, ihm die einzelnen Berührungspunkte in der Politik nicht sowohl durch beißende, ironische oder satyrische Auszüge, sondern vielmehr durch anschauliche Darstellung deutlich und verständlich zu machen.

χ Bromberg, den 30. Januar. Bei uns ist ein „Schutzverein“ ins Leben getreten, welcher die Absicht hat, die Armen vor Noth und Elend zu schützen, indem er sie einerseits von Trunk und sonstiger Liederlichkeit abhält, andererseits aber der wirklichen Noth aufhilft. Die Mitglieder dieses Vereins haben besondere Vertrauensmänner gewählt, welche die Verpflichtung übernommen haben, theils für die Armen zu sammeln, theils sich von der Noth derselben persönlich zu überzeugen und derselben mittelst der gesammelten milden Gaben zu steuern. Wahrscheinlich wird sich mit diesem Verein auch eine Arbeitersparkasse verbinden, so daß die Arbeiter, und überhaupt ärmere Personen, Gelegenheit finden werden, durch eigene Sparsamkeit sich vor Noth zu schützen. Wie segensreich der Verein schon jetzt zur Zeit der großen Kälte gewirkt hat, kann jeder schon aus dem Umstande erwägen, daß etwa 20 Klaftern Holz und gegen 150 Thlr. durch die Vertrauensmänner an Arme vertheilt sind. — Am 22. d. M., an welchem Tage wir hier 30 Grad Kälte hatten, wurde aus dem ganz nahe bei der Stadt belegenen Dorfe Bocianowo ein Knabe von etwa 9 Jahren nach der Stadt geschickt, um für die in größter Noth lebenden Eltern zu betteln. Er gerieth aber auf einem Feldwege in tiefen Schnee und konnte sich, da seine Glieder vor Frost erstarrt waren, nicht mehr herausarbeiten. Da die kleineren Wege an diesem Tage fast von Niemandem betreten wurden, so fand man ihn erst am anderen Tage, natürlich todtgefroren.

χ Bromberg, den 31. Januar. Auf die neuerfundene Säemaschine aus der Maschinenfabrik von E. Kämmerer hieselbst, welche den Namen „Breit-Säe-Maschine“ erhalten hat, gehen von nah und fern außerordentlich viel Bestellungen ein. Sie sät 12 Fuß breit und gewährt außerordentlich viel Vortheile, so daß sie nach dem Urtheile renommirter Landwirthe jedem Landwirth, der Ersparnisse machen will, unumgänglich nothwendig ist. Sie kostet dabei nur 65 Thaler und macht sich in 6 Tagen durch die damit verbundenen Ersparnisse bezahlt. — Der hier bestehende Schutz- und Hülfsverein wird von jetzt ab seine Thätigkeit auch über die der Stadt zunächst belegenen Dorfschaften ausdehnen; die Vertrauensmänner und der Vorstand kommen jetzt regelmäßig alle Sonntage zusammen, um namentlich über die Mittel zu berathen, durch welche man den Armen nicht nur Unterstützungen, sondern auch Arbeit verschaffen kann. — In der heut hier stattgehabten Wahl eines Deputirten für Erfurt ist der Kreisgerichts-Direktor Geßler aus Schubin mit 124 Stimmen gewählt worden; Herr Regierungsrath Hoffmann erhielt 7 Stimmen. Mit unserem Kreise war der größere Theil des Schubiner Kreises zur Wahl vereinigt worden.

≌ Wongrowiec den 1. Februar. Ich beeile mich, Ihnen das Resultat der in Wirsitz abgehaltenen Wahl eines Deputirten für das Erfurter Parlament mitzutheilen. Von den vier in meinem letzten Bericht genannten Kandidaten hat nicht, wie man hier wähnte, der Regierungsrath Hoffmann aus Bromberg den Sieg davon getragen, sondern der Bürgermeister Kaulfuß aus Nakel, der 61 Stimmen erhielt, während auf v. Sänger auf Grabowo 45 fielen. Der Baron v. Seidlitz bekam blos 12 Stimmen. Der Regierungsrath

Hoffmann würde ohne Zweifel gewählt worden sein, wäre er persönlich in Wirsitz erschienen. Wahrscheinlich ist er in Bromberg gewählt. (Vergl. Bromberg.) — Was die politische Farbe des Gewählten betrifft, soll derselbe zunächst ein starkes Preußen und durch dieses Deutschlands Einheit wollen.

Verantw. Redakteur: C. E. H. Violet.

Die Wahl für das Volkshaus in Erfurt.

In der Posener Zeitung vom 1. Febr. wird bedauert, daß der Verein für König und Vaterland einen Kandidaten für die Wahl aufgestellt, welcher „der äußersten Rechten und zugleich der äußersten religiösen Richtung angehört", da er sonst „unfehlbar einen Kandidaten durchgebracht haben würde."

Hierauf kann man nicht besser antworten, als mit den Worten des Redakteurs des „Volksblattes für Stadt und Land" in Halle (Nr. 4. d. J.):

„Wen sollen wir wählen? Wenn ihr mich fragt, so sage ich ernstlich: nur zweierlei Leute. Entweder einen ächten rothen Demokraten, einen Sozialisten — oder einen „Pietisten", wie man's eben nennt, — also Leute, die Glauben haben, sei es an den lebendigen Gott oder an den Teufel, und die Muth haben, ihren Kopf an ihren Glauben zu setzen. Die beiden Arten von Leuten, die ich genannt habe, sind die einzigen, auf die Verlaß ist; alles Uebrige ist Rohr im Winde, ist Federball des Zufalls und der Angst, von denen weder ihr wissen könnet, noch können sie selber wissen, wie sie sich gebährden werden. Jene entschiedenen Parteien sind es, die die Kämpfe der Zeit auskämpfen; alles übrige ist Ballast, vor die Räder der Weltgeschichte geworfen, der sie eine Weile aufhält, bis sie drüber fortgehn. Darum ist es zwar der natürliche Instinkt der Philister, deren Ideal ist, möglichst langsam an der Schwindsucht zu sterben, solche schönredende Nullen zu wählen, und sie werden auch diesmal reichlich die Zahl voll machen. Wer aber an irgend etwas glaubt, außer an die eigne Schwindsucht, der weiß, was er zu thun hat."

Daß auch Herr Flottwell zu dieser Art von „Pietisten" gehört — diesen Ruhm werden selbst nicht einmal seine Feinde ihm streitig machen wollen, und darum freut sich mancher unter denen, die ihm aus ganz andern Gründen ihre Stimme entzogen haben, über seine Wahl gewiß viel herzlicher als viele, die wider Willen zu seiner Wahl hingedrängt worden.

Die Wahl für den Erfurter Reichstag.

Unter dieser Ueberschrift befindet sich in Nr. 27 der Ztg. ein Aufsatz, welcher im Interesse der Wahrheit eine Beleuchtung und Berichtigung erforderlich macht.

Er beginnt mit einem Triumph-Ruf über den entschiedenen Sieg, den die Partei des Vereins für König und Vaterland bei dieser Wahl davon getragen. Wir wollen ihr die Freude über diesen angeblichen Sieg durch die Erinnerung „zu früh" nicht verderben, können aber die Bemerkung nicht unterdrücken, daß ein Sieg nur dann ehrenvoll ist, wenn auf beiden Seiten mit gleichen Waffen und Streitkräften gekämpft wird. Dies ist aber hier in sofern nicht der Fall, als einer kompakten, in sich geschlossenen Vereins-Partei, welche nicht nur die Wahlen der Wahlmänner vorbereitet, sondern auch für ihre Candidaten auf alle Weise agitirt hat, nur einzelne unter sich durch kein äußeres Band vereinigte Gegner gegenüber gestanden, welche erst spät durch die Folgen jener Agitationen fast instinktmäßig zur Annäherung unter einander und zum Widerstande sich getrieben sahen. Am wenigsten kann aus diesem angeblichen Siege ein Schluß auf die öffentliche Meinung gemacht werden. Es soll in dem Gesagten kein Vorwurf für den Verein liegen. Wahl-Agitationen gehören einmal zum constitutionellen Staatsleben, obgleich sie jedenfalls nicht dessen erfreulichste Seite sind. Wenn eine Partei ihren Wahl-Candidaten nicht blos deshalb, weil er zufällig ihren Reihen angehört, sondern in der vollen, ehrlichen Ueberzeugung von seiner vorzugsweisen Befähigung aufstellt, und sich andererseits bei ihren Agitationen in gewissen Grenzen hält, die sich freilich mehr fühlen, als mit mathematischer Schärfe angeben lassen, so ist dagegen nichts zu erinnern. Jene Ueberzeugung wollen wir bei dem Verein voraussetzen; mit den angewandten Mitteln, derselben Geltung zu verschaffen, können wir indessen nicht überall einverstanden sein.

So wurde bei der letzten Vorwahl — als es sich eigentlich nur noch um die Wahl zwischen dem Minister Flottwell und Herrn Cranz handelte, von einem Mitgliede des Vereins (wir müssen annehmen in dessen Auftrag oder wenigstens mit dessen Einverständniß) ein Versuch gemacht, den Erstern ganz zu beseitigen, zunächst durch die Vorgabe, daß er bereits anderweitig in Preußen gewählt sei, was sich indessen bei näherer Nachfrage als ein leeres (wir wollen nicht hoffen absichtlich ausgesprengtes) Gerücht ergab. Gleichzeitig wurde von demselben eine Parallele zwischen beiden Kandidaten zu Gunsten des Letzteren gezogen, welche bei der hohen Verehrung, die der Minister Flottwell unter den Deutschen aller Farben genießt, und seiner noch für die Verwaltung der größten Provinz ausreichenden geistigen Rüstigkeit nur Unwillen hervorrufen konnte und daher die beabsichtigte Wirkung verfehlte.

Wir sind der Meinung, daß bei dieser Sachlage die Vereins-Partei, wenn sie wirklich die Pietät für Flottwell besitzt, die der Aufsatz uns glauben machen will, mit ihrem Kandidaten freiwillig zurücktreten und ihm als dem unleugbar Würdigeren das Feld räumen mußte, selbst auf die, keineswegs so gewisse Gefahr einer Doppelwahl hin, welche übrigens bei jeder Wahl vorkommen kann. Es war dies nur ein geringes Anerkenntniß seiner großen Verdienste um Posen und die Provinz, welches man ihm unter allen Umständen schuldete, mochte er nun davon Gebrauch machen oder nicht. Ist es richtig (und wer wollte dies bestreiten?), was der Verfasser des Aufsatzes ausspricht, daß jede Wahlmänner-Versammlung sich selber ehrt, wenn sie ihm das Mandat giebt; so wissen wir in der That nicht, was die gegnerische Partei veranlaßt hat, dieser Selbstehrung, die von der Annahme des Mandats unabhängig ist, entgegen zu treten. Etwa die von den Vereinsmitgliedern geltend gemachte Rücksicht, den entfernt wohnenden Wahlmännern eine nochmalige Reise hierher zu ersparen?

Diese Rücksicht wurde indessen von den Wahlmännern des platten Landes, zu ihrer Ehre sei es gesagt, mit Ausnahme eines Einzigen, dessen Aeußerung hierüber die Versammlung nicht ohne die tiefste Beschämung anhören konnte, zurückgewiesen, und in der That, wenn ein Wahlmann nicht so viel Mittel oder so viel Patriotismus besitzt, als zu einer solchen allerdings unentgeltlichen Reise erforderlich ist, so thut er besser sein Mandat abzulehnen oder niederzulegen.

Wogegen wir ferner entschieden protestiren müssen, das sind die Folgerungen, welche in jenem Aufsatze aus dem Verhalten der dem Vereine nicht angehörigen Männer zu der Vereins-Partei auf die Gesinnungen der ersteren gezogen werden. Wie kommt der Verfasser dazu, diesen Männern als einer Gesammtheit — welche sie bei dem Mangel alles nähern Zusammenhanges gar nicht ausgemacht haben — Handlungen zur Last zu legen, die von irgend einem Einzelnen etwa ausgegangen sind? Wie kommt er ferner dazu, diesen Männern eine andere politische Gesinnung zuzutrauen, als eine solche, die sich mit der Wahl eines Mannes wie Flottwell verträgt? Was endlich berechtigt ihn zu der Voraussetzung, daß dieser blos deshalb als Candidat aufgestellt sei, um den Candidaten des Vereins aus dem Felde zu schlagen? eine Voraussetzung, welche dem Letzteren, bei aller Achtung, die wir für ihn hegen, doch zu viel Ehre anthut auf Kosten der Verdienste des Andern. Dies alles sind Verdächtigungen, die jene Männer zurückweisen müssen.

Wir geben zum Schluß dem Verfasser noch Folgendes zu bedenken: 1) daß man ein rechtschaffner Christ sein kann, ohne jede extreme Richtung im Religiösen zu billigen, und daß man 2) seinen König und sein Vaterland lieben kann, ohne gerade ein Mitglied oder Freund des Vereins für König und Vaterland zu sein, und ohne der äußersten Rechten anzugehören. Nicht die Devise thut es, sondern die Gesinnungs- und Handlungsweise ihrer Träger.

Angekommene Fremde.

Vom 2. Februar.

Lauk's Hôtel de Rôme: Lieut. im 5. Inft.-Rgt. v. Kobilinski a. Posen; die Kaufl. Lachmanski a. Berlin; Kwinque a. Magdeburg; Werth a. Landsberg a. W.; Röder a. Gnesen u. Maas a. Mannheim; General v. Skarzynski a. Klecko.
Bazar: Die Gutsb. Pruski a. Sielejewo u Wolowicz a. Dzyalin.
Hôtel de Bavière: Assessor Graf a. Wollstein; die Gutsb. v. Breza a. Jankowice u. Goslinowski a. Kempa.
Schwarzer Adler: Gutsb. Schönberg a. Lang-Goslin; Amtmann Linowski a. Groß-Sepno.
Hôtel de Vienne: Die Gutsb. v. Koczorowski a. Modliszewo u. v. Bojanowski a. Ostrowieczko; Tanzlehrer A. Eichstädt a. Frankfurt a. O.
Hôtel de Dresde: Gutsb. Taczanowski a. Taczanowo.
Goldene Gans: Kfm. Buchholz a. Stettin.
Hôtel de Berlin: Neopresbyter Badurski a. Schubin; die Gutsb. v. Otocki a. Chwalibogowo u. Baron v. Lützow a. Mur. Goslin.
Hôtel de Hambourg: Die Bürger Eduard u. Ludwig Sydow a. Jarotawic.
Hôtel de Pologne: Gastwirth Buschke a. Wongrowiec.
Krug's Hôtel: Wirthsch.-Insp. Senka a. Gera.
Im Eichenkranz: Gutsb. Nagel a. Filehne; Kfm. Weißburg a. Ungarn.
Im Reh: Lehrer Witt a. Schwetz.

Markt-Berichte.

Posen, den 1. Februar.

Weizen 1 Rthlr. 21 Sgr. 1 Pf. bis 2 Rthlr. Roggen 26 Sgr. 8 Pf. bis 28 Sgr. 11 Pf. Gerste 22 Sgr. 3 Pf. bis 24 Sgr. 5 Pf. Hafer 15 Sgr. 7 Pf. bis 18 Sgr. 11 Pf. Buchweizen 22 Sgr. 3 Pf. bis 24 Sgr. 5 Pf. Erbsen 26 Sgr. 8 Pf. bis 1 Rthlr. 1 Sgr. 1 Pf. Heu der Centner zu 110 Pfund 20 Sgr. bis 25 Sgr. Stroh das Schock zu 1200 Pfund 5 Rthlr. bis 6 Rthlr. Butter ein Faß zu 8 Pfd. 1 Rthlr. 15 Sgr. bis 1 Rthlr. 20 Sgr.

Berlin, den 31. Januar.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: Weizen nach Qualität 52—56 Rthlr. Roggen loco und schwimmend 27—$28\frac{1}{2}$ Rthlr., pr. Frühjahr $27\frac{1}{4}$ Rthlr. Br., 27 G., Mai-Juni $27\frac{1}{2}$ Rthlr. Br., $27\frac{1}{4}$ G., Juni-Juli $28\frac{1}{4}$ Rthlr. Br., 28 bez. u. G. Gerste, große loco 22—24 Rthlr., kleine 19—21 Rthlr. Hafer loco nach Qualität 17—18 Rthlr., pr. Frühjahr 50pfd. 16 Rthlr. Erbsen, Kochwaare 32—40 Rthlr., Futterwaare 29—32 Rthlr. Rüböl loco $13\frac{1}{2}$ Rthlr. Br., $13\frac{5}{12}$ G., pr. Jan. $13\frac{5}{12}$ a $\frac{11}{24}$ Rthlr. bez., Jan.-Febr. $13\frac{1}{3}$ Rthlr Br., $\frac{1}{4}$ bez., $\frac{1}{6}$ G., Febr.-März $13\frac{1}{6}$ Rthlr. Br., $13\frac{1}{12}$ G., März-April $13\frac{1}{12}$ Rthlr. bez., $13\frac{1}{8}$ Br., 13 G., April-Mai $12\frac{23}{24}$ a 13 Rthlr. bez., 13 Br., $12\frac{11}{12}$ G., Mai-Juni $12\frac{7}{8}$ Rthlr. Br., $12\frac{3}{4}$ G.; Juni-Juli $12\frac{3}{4}$ Rthlr. Br. Leinöl loco 12 Rthlr. Br., pr. März-April $11\frac{2}{3}$ Rthlr. Br., $11\frac{1}{3}$ G., April-Mai $11\frac{1}{2}$ Rthlr. Br., $11\frac{1}{4}$ G. Mohnöl $15\frac{1}{2}$ Rthlr. Palmöl $12\frac{2}{3}$ a $12\frac{5}{6}$ Rthlr. Hanföl 14 Rthlr. Südsee-Thran $12\frac{3}{4}$ Rthlr.

Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.